Ä-K17-326 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Religion
Beschlussdatum: 07.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

Nach Zeile 102 einfügen:
Glaubensfreiheit achten, Dorfkirchen erhalten, friedliches Miteinander der Religionsgemeinschaften fördern

Glaubensfreiheit hat in Brandenburg eine lange Tradition. Alle Menschen in Brandenburg sollen die Freiheit haben, ihren Glauben selbstbestimmt zu leben, sofern sie dabei das Grundgesetz achten. Wir treten Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und jeglicher Diskriminierung aufgrund von Religionszugehörigkeit entschlossen entgegen. Wir unterstützen die Arbeit der Fachstellen Antisemitismus und Islam.

Die christlichen Kirchen und ihre Vertreter*innen sind wichtige Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Sie engagieren sich für das Gemeinwesen und den Zusammenhalt, für die Umwelt und das Klima sowie für die Integration von Geflüchteten und die Seenotrettung.

Wir unterstützen besonders diejenigen Engagierten in den Kirchen, die sich für Reformen, für die Rechte von Frauen und queeren Menschen sowie für die Aufklärung der Fälle sexuellen Missbrauchs und Prävention einsetzen.

In Brandenburg gibt es etwa 1500 Dorfkirchen. Sie stiften Identität gerade in ländlichen Regionen, sind aber oft vom Verfall bedroht. Wir haben die Mittel für den Erhalt der Dorfkirchen erhöht und wollen die Förderung weiter aufstocken. Wir unterstützen Kirchengemeinden, Initiativen und Kommunen dabei, Dorfkirchen als soziale Treffpunkte und kulturelle Veranstaltungsorte zu entwickeln.

Die Bekämpfung von Antisemitismus hat bei uns Verfassungsrang. Wir haben am Landtag die Stelle für eine*n Antisemitismusbeauftragte*n geschaffen. Wir unterstützen die vielfältigen Bestrebungen zur Förderung jüdischen Lebens. Potsdam als Landeshauptstadt wird endlich wieder eine Synagoge haben. Die Rabbiner*innen und Kantor*innen-Ausbildung in Potsdam wollen wir auf neue Füße stellen.

Wir erwarten, dass sich die muslimischen Verbände in Brandenburg klar von den Taten der Hamas und israelfeindlichen Bestrebungen distanzieren. Die große Mehrheit der Muslim*innen hier lebt friedlich Seite an Seite mit Vertreter*innen anderer Religionsgemeinschaften oder konfessionslosen Menschen.

Wir unterstützen die Einrichtung von Gebetsräumen. Diese sind selbstverständlich auf Vielfalt und ein demokratisches Miteinander ausgerichtet. Multireligiöse Projekte wie das House of One sehen wir als beispielhafte Orte für interreligiösen Dialog.

Begründung

Wir beantragen einen eigenen Absatz zu Religion, Glaube und Dorfkirchen:

Viele potentielle Wähler:innen sind gläubig oder den Kirchen zugehörig/nahe. Viele von ihnen engagieren sich in ihren Glaubensgemeinschaften oder Kirchen mit großem Einsatz, setzen sich für

Mitmenschen ein, kümmern sich um sanierungsbedürftige Kirchengebäude und bringen Reformen voran - und stärken somit das Miteinander, die Solidarität und den Dialog in unserer Gesellschaft. Ein Absatz zu Glaubensfreiheit, Kirchen, Religion spricht diese wichtige Wähler:innengruppe gezielt an und macht sie auch sichtbar. Bzw. andersherum: Viele von ihnen könnten enttäuscht sein, wenn der Themenkomplex im Wahlprogramm keine Erwähnung findet.

Glaubensfreiheit und gelebte, sichtbare Glaubensvielfalt ist für unsere Demokratie überaus wichtig, und hat im Kontext unserer gesellschaftlichen Entwicklungen und dem Miteinander von Menschen von verschiedenen Glaubensüberzeugungen hohes Integrationspotential. Viele Geflüchtete sind religiös und wollen hier in unserem Land ihren Glauben leben. Auch für diese Vielfalt stehen wir und bringen dies im Programm klar zum Ausdruck.

Ein starker, expliziter Ausdruck der Solidarität mit Jüdinnen:Juden, die Förderung jüdischen Lebens, verbunden mit einem klaren Nein sowohl zu Antisemitismus als auch zu Islamfeindlichkeit, ist im Wahlprogramm notwendig.